

# Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

№ 23.

Diese Zeitung erscheint alle vierzehn Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Hannover

Sonnabend, 14. November 1903.

Geschäftsinsertate pro Zeile pro 3 Tage 25 Pf. für 14 Tage 40 Pf. für 1 Monat 60 Pf. Offertenannahme 10 Pf. Redaktion: Schillerstr. 5. Verlag: Steinhorststr. 6.

12. Jahrg.

## Das gleiche Recht für alle.

Eine sozialphilosophische Betrachtung.

-Ik- Eine Gesellschaft, wie die heutige kapitalistische, der die Ungerechtigkeit aus allen Poren bricht, brüstet sich gern mit dem Mantel der Gerechtigkeit, in den sie sich hüllt. Die Göttin der Gerechtigkeit thront über den Gebäuden, wo Recht gesprochen wird; sie trägt eine Binde vor den Augen und eine Waage in der Hand, zum Zeichen, daß sie ohne Ansehen der Person in gerechten Händen Recht und Unrecht, Schuld und Strafe gegen einander abwägt. „Die Handhabung des Gesetzes und des Rechts“, so sprach vor kurzem ein hoher Justizbeamter bei einer feierlichen Gelegenheit, „ist dem Richter anvertraut, dessen hoher Beruf es ist, über den Parteien stehend, unabhängig von jeder Voreingenommenheit, selbst von der eigenen Meinung, das Gesetz als feste Grundlage der Ordnung und der Sicherheit zur Geltung zu bringen und jedes Unrecht, das die Schranken durchbricht, mit starker Hand zurückzuweisen.“ Es klingt dies ja sehr schön, leider aber entspricht es nicht den Tatsachen des realen Lebens.

Würde man heutzutage einem denkenden Arbeiter gegenüber die Behauptung aufstellen, es herrsche in unserem Staatswesen der Grundsatz: „Gleiches Recht für alle“ so, wäre ein Hohngelächter die Antwort. Ungleiches Recht, Klassenjustiz ist das Zeichen der Gegenwart. Speziell die Arbeiter werden als Menschen betrachtet, die weniger Recht haben als die Unternehmer, die Grundbesitzer, die Beamten. „Es läßt sich nicht behaupten“, schrieb der konservative Professor Hans Delbrück, „daß die Gerichte mit bewusster und beabsichtigter Parteilichkeit und Ungerechtigkeit das Recht verdrehen; aber das steht fest, daß die Inhaber der richtenden Gewalt bei uns unbewußt besangen sind in gewissen Vorstellungen ihres Standes und ihrer Klasse, und aus diesem Vorstellungskreis heraus fortwährend Urteile sprechen, die von den niederen Klassen als schweres Unrecht empfunden werden. Ich glaube, daß tatsächlich hier der eigentliche Knotenpunkt unserer politischen Verwickelung ist. Worüber haben sich denn die unteren Klassen bei uns eigentlich zu beklagen? Es ist ja eine Albernheit, zu meinen, daß durch bloße demagogische Agitation eine Partei von drei Millionen Wählern zustande gebracht wird, die in anderen verwandten Kulturstaaten, z. B. England, überhaupt nicht existiert. Es müssen große, überaus drückend empfundene Beschwerden vorhanden sein; wo sind sie? Materielle Ueberlastung mit Steuern? Das kann so schlimm nicht sein; denn im ganzen geht es unseren niederen Klassen nicht schlechter als anderswo, eher besser. Die großen Wohlstand der sozialen Versicherungsgesetze werden von ihnen selber nicht geleugnet. Die beschränkte Teilnahme an der Regierung durch die Klassenwahl wird von den Massen so direkt wenig empfunden; das, was sie empfinden, ist tatsächlich die Behandlung, die ihnen von den Verwaltungs-, Polizei- und Justizbehörden zuteil wird. Die Behörden nehmen in den Lohn- und Arbeitskämpfen die Partei der Unternehmer. Im Staate der allgemeinen Wehrpflicht, der allgemeinen Schulpflicht und des allgemeinen Wahlrechts fühlen die Arbeiter sich nicht als Gleichberechtigte.“

Worin liegt denn aber die Ursache der heutigen Ungerechtigkeit, wenn sie nicht in bösem Willen, in verbrecherischer Absicht begründet ist? Woher kommt es, daß die heutige Gesellschaft notwendig eine ungerechte sein muß, in der der Grundsatz: „Gleiches Recht für alle“ zu einer leeren Phrase wird? Um diese Frage beantworten zu können, müssen wir das Wesen des Rechts etwas näher untersuchen.

Die ursprünglichen Vorschriften für menschliches Handeln erhalten ihre Beglaubigung entweder durch Sitte und Herkommen oder durch die Zurückführung auf einen göttlichen Willen — Glaube und Sitte sind die ersten Quellen des Rechtes. Erst allmählich lösten sich hiervon Vorschriften ab, die durch einen Herrscher oder einen Volksbeschuß zum Gesetz erhoben wurden. Dieses Recht galt so lange für alle Angehörigen als eine selbstverständliche Sitte, so lange in der Gruppe (dem Stamm, der Horde) keine wirtschaftlichen Unterschiede vorhanden waren. In der primitiven Horde, die eine einheitliche, unterschiedslose Gruppe bildet, kann von einem Recht im eigentlichen Sinne keine Rede sein; auf dieser Kulturstufe kommt man mit einigen religiösen Vorschriften und mit der Sitte aus. In der primitiven Horde herrscht vollkommene Gleichheit; diese ist

aber nicht der Boden, auf dem das Recht erwachsen könnte. Daher gibt es dort weder ein Familienrecht, noch ein Eigentumsrecht, also auch kein Erbrecht oder irgend ein Vermögensrecht. Nicht verkündete Gesetze regeln das Leben: was geworden ist, das ist heilig; der die im Laufe der Zeit von den Bedürfnissen erzeugten Formen des Lebens, deren Inbegriff wir die Moral nennen, und deren Entstehung man meistens auf den Willen der Götter zurückführt, diese Formen sind völlig ausreichend, das Leben der primitiven Horde zu regeln.

Erst dann, wenn verschiedene Horden zusammenstoßen und sich zu einer gemeinsamen Gruppe vereinen, in der machtungleiche Elemente gemischt sind, erst dann entsteht ein Recht. Nachdem die Unterwerfung der einen unter die anderen bewerkstelligt ist, und an eine Organisation der ungleichen Elemente gedacht werden muß, erzeugt sich durch Unter- und Ueberredung das Recht des Stärkeren. Um ein geordnetes Zusammenleben zu ermöglichen, reicht die Sitte nicht mehr aus, da die Unterdrückten sie nicht anerkennen, es muß ihnen, den Widerstrebenden, der Fuß auf den Nacken gesetzt, es muß ihnen das Gesetz als eine Kette um den Hals gelegt werden. Erst die Macht gebt das Recht.

Auf diese Weise entstand das Familienrecht durch den Raub der stammesfremden Frau; der Krieger, der eine Frau erbeutet hatte, wurde der Herr derselben und der Herr der von ihr geborenen Kinder; er hatte ein Recht auf Frau und Kinder und mehte jeden anderen von seiner Familie ab. Auf dieselbe Weise entstand durch die Unterjochung und Dienstbarmachung der Stammesfreunde das Recht des Herrn über seine Sklaven, und durch die Eroberung fremder Landstriche das Recht am Grund und Boden und an den Erzeugnissen desselben. Dieser Grund und Boden, nebst Vieh und Sklaven und Geräten ging vom Vater auf den Sohn über, wodurch das Erbrecht entstand. Immer und überall ist es die Berührung ungleicher sozialer Elemente, die das Recht erzeugt, und daher kommt es, daß jedem Rechte die Ungleichheit als Geburtsfehler anhaftet.

Jedes Recht ist für den anderen ein Unrecht und es gibt kein Recht, das nicht ein Ausdruck der Ungleichheit wäre, weil es eben die Vermittlung ist zwischen zwei ungleichen sozialen Elementen, die zwangsweise versöhnt werden sollen. So unterwirft das Familienrecht Weib und Kinder der Herrschaft des Vaters und stellt zwangsweise die Versöhnung der widerstrebenden Interessen dar. Ebenso setzt das Eigentumsrecht die Ungleichheit fest zwischen dem Eigentümer und dem Nicht-eigentümer, das Erbrecht die Ungleichheit zwischen dem Gläubiger und dem Schuldner. Kurz und gut, ein jedes Recht entspringt aus der Ungleichheit und bezweckt die Erhaltung und Festsetzung derselben dadurch, daß es die Herrschaft des Stärkeren über den Schwächeren durch Recht und Gesetz festlegt.

Das Recht ist in dieser Beziehung ein getreues Spiegelbild des Staates, der ebenfalls nichts anderes bezweckt, als das Zusammenleben und das Zusammenwirken ungleicher Elemente mittels der Herrschaft der einen über die anderen zu ermöglichen. Und weil die Erhaltung der Ungleichheit die Seele und das eigentliche Prinzip eines jeden Rechts ist, so ist es erklärlich, daß jedem Berechtigten ein von diesem Rechte ausgeschlossener Unberechtigter gegenüber steht.

Man hat so viel geredet von Rechten, die dem Menschen angeboren seien, von „unveräußerlichen Menschenrechten“, vom „Recht auf Existenz“, vom „Recht auf Arbeit“ zc. Doch sind dies alle leere Redensarten, die dem Selbstbewußtsein des Individuums schmeicheln, vor den harten Tatsachen des realen Lebens aber nicht Stand halten. Im wirtschaftlichen Leben der Gegenwart gilt ja lediglich das Recht des Stärkeren, da jeder Mensch oder jede Menschengruppe nur so viel Recht hat, wie sie durch die Macht zu behaupten imstande ist. Auch in früheren Zeiten ist es wohl nicht anders gewesen; denn schon Plato, der Schüler des weisen Griechen Sokrates, legt in einem Gespräch „Ueber den Staat“ dem Traismachos die Worte in den Mund: „Ich nämlich behaupte, das Recht ist nichts anderes, als das dem Stärkeren zuträglich.“ Hierin liegt der Kernpunkt der Sache: Alles das, was die starke Gruppe oder Klasse tut und anordnet, ist Recht, und alles, was die unterdrückte Klasse duldet, ist Unrecht. Oder wie ein deutsches Sprichwort diesen Gedanken kurz, aber

treffend ausdrückt: „Macht ist Recht!“ Wer die Macht hat, der hat auch das Recht.

Weil die besitzende Klasse in der heutigen Gesellschaft die Macht hat, die heillosen Arbeiter zu unterdrücken und auszubeuten, so hat sie auch „das Recht“ dazu; sobald sie aber die Macht hierzu verliert, geht auch das „Recht auf Ausbeutung“ in die Brüche. Solange das Unternehmertum wirtschaftlich stark genug ist, den Arbeitern das Koalitionsrecht illusorisch zu machen, solange schwebt das Recht der Arbeiter in der Luft; erst wenn eine Arbeitergruppe ... starke Organisation die Macht des Kapitalprozentums gebrochen hat oder wenigstens in Schach hält, kann sie sich rühmen, daß sie in Wirklichkeit das Koalitionsrecht besitzt. Und so geht es in allen Stücken: nur der Mächtige ist imstande, von seinem Rechte Gebrauch zu machen.

Darum muß man den Arbeitern immer und immer wieder zurufen: „Erringt euch die Macht, so habt ihr auch das Recht auf eurer Seite!“ Erst wenn das Proletariat die Macht des Kapitalismus gebrochen und die Klassengegensätze beseitigt hat, kann von einem „gleichen Recht für alle“ die Rede sein. Nur in einer Gesellschaft, in der die soziale Gleichheit herrscht, wird das „gleiche Recht für alle“ seinen Einzug halten.

## Wirtschaftliche Rundschau.

Neue Hoffnungen und Vorsatzarbeiten — viel langsame Wiederbelebung der Produktion. — Klagen im Auslande, vor allem in England. — Die Lage in Amerika und die Einwanderungsziffern.

Die führenden kapitalistischen Kreise in Deutschland gefallen sich weiter in vertrauensvollen optimistischen Erwartungen. Die Schatten treten für diese „öffentliche Meinung“ mehr und mehr zurück. Jeder Blickpunkt vergrößert sich für sie zu einer Sonne, die den Frühling und volles Blüten bringen müsse. Die Bildung des Stahlwerksverbandes, heißt es, schreite rüstig vorwärts, man werde daher der ausländischen Konkurrenz, vor allem den etwa beginnenden Exporten Amerikas mit scharfen Abwehrmaßnahmen entgegentreten können.

Das Gas- und Siederohr Syndikat habe zu einer Preiserhöhung (15 Mark pro Tonne) übergehen können. Die Oberschlesischen Walzwerke hätten auf ihrer Generalversammlung am 20. Oktober beschlossen, für nächstes Quartal weitere Geschäfte in Walzweilen nur zu günstigeren Preisen zu tätigen. Die westfälischen Kollereien hätten die zeitweise vorgezeichnete Produktionsbeschränkung nicht nötig. Hervorragende Unternehmungen wie Bismarckhütte, Sarpener schlossen überaus günstig ab. Die preussische Eisenbahnverwaltung nehme große Bestellungen vor, besonders an Güterwagen und Lokomotiven. Der deutschen Elektrizitätsindustrie eröffneten sich infolge der Schnellfahrteperimente neue glänzende Aussichten. Der Mittelkanal mit seinem enormen Bedarf an Materialien und Arbeitsmitteln tauche wieder aus der Versenkung auf, wenn auch zunächst lediglich als Bruchstück. Den armen gestreckelten Börsianern und Bankern lächle wieder ein Freiheitschimmer durch die Gitter ihres Kerkers; an der Reform des Börsegesetzes sei nicht mehr zu zweifeln. ... So rede man sich selber, sowie einem verehrlichen Publikum, das allmählich an Börsenspekulationen wieder Gefallen findet, in einen wahren Glückstaumel hinein.

Um die Börsenhausbewegung der letzten vierzehn Tage näher zu kennzeichnen, stellen wir für einige Hauptpekulationswerte des Montanaktienmarktes die Kurse von den Sonnabenden des 10. und 24. Oktober gegenüber und fügen in Klammern den niedrigen Stand in der Krisenzeit bei:

	vorher	niedrigster Stand	10. Okt.	24. Okt.
Böhmener Gußstahl	(155,10)	135,60	191,50	191,50
Sarpener	(143,10)	121,12	201,50	201,50
Hibernia	(146,40)	133,50	204,90	204,90
Geisenkirchen	(153,—)	190,40	204,50	204,50
Saurhütte	(172,60)	228,60	240,10	240,10
Konolidation	(268,—)	425,50	437,25	437,25

Diese Bergwerks- und Hüttenaktien nähern sich also allmählich wieder ihrem Höchststande aus der Zeit des floridsten Geschäftsganges, wenn der Abstand auch vorläufig noch so beträchtlich bleibt (Sachstand von früher: Böhmener 237,50, Sarpener 244,40, Hibernia 257,40, Geisenkirchen 229,80, Saurhütte 284), Konolidation hat sogar den normalen Maximalkurs (423,10) überschritten, und letzteres trifft noch für einige Kohlenaktien zu.

Aber jedermann weiß, daß die nackte Produktionswirklichkeit diesem aufgeschwinkten Börsenbild noch in keiner Weise entspricht. Die Börsennotierungen werden freilich gern damit begründet, daß man die Zukunftschancen schon vorwegnehme. Doch ist diese Zukunft irgendwie gesichert oder auch nur wahrscheinlich? Faßt man den Abgang und die Preise der Erzeugnisse ins Auge, so ergibt sich ein ganz anderer Abstand gegen die frühere gute Zeit. Man macht schon großes Aufsehen von der Preiserhöhung der schlesischen Walzwerke um 2,50 Mk. pro Tonne, während man heute sich noch mit Preisen von 130 bis 135 Mk. (gegen ehemals 210 Mk.) begnügen muß! Selbst darauf erwidert man mitunter triumphierend: der heutige Preisstand habe gerade das Gute, daß er — die Zollbelastung für das Fremdprodukt in Rechnung gezogen — amerikanische Schlenderverkäufe nach Deutschland vermehre! Das mag im Augenblick zutreffen; darin liegt indes auf der anderen Seite das Zugeständnis, daß bei der heutigen internationalen Konstellation Preisserhöhungen viel schwieriger als früher sein



gestellte Antrag, die Gaukonferenzen vor dem Verbandstag stattfinden zu lassen, wird einstimmig angenommen. Von Bünden wurde eine Resolution eingebracht, welche besagt: „Die heutige Gaukonferenz erkennt an, daß eine zwedmäßige Agitation einfallend werden muß.“ Diese Resolution wurde dem Gauvorstand überwiesen. Als Sitz des Gauvorstandes wird wiederum Hannover gewählt. Die nächste Konferenz findet im Bünden statt. Hagemann - Hildebrandt spricht noch den Wunsch aus, in Höhe eine Zahlstelle zu gründen. Monien erklärte, daß er schon mit den dortigen Kollegen in Verbindung getreten sei. Betreffs der Bauarbeiter führte Kollege Bruns noch aus, daß die Bauarbeiter, die in unserem Verbands sind, Mitglieder bei uns bleiben können, jedoch müssen dieselben einen erhöhten Beitrag zahlen; an Orten, wo eine Zahlstelle des Bauarbeiterverbandes nicht vorhanden ist, können Bauarbeiter für unseren Verband als Mitglieder aufgenommen werden. — Nach einem kurzen Schlusswort des Kollegen Monien wurde die Konferenz mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung um 7 Uhr abends geschlossen.

### Gau 6.

Unsere Konferenz tagte am 18. Oktober im „Goldenen Stern“ zu Sommerfeld bei Leipzig. Die Tagesordnung lautete: 1. Bericht der Agitationskommission. 2. Bericht der Delegierten. 3. Wie soll sich unsere Agitation in Zukunft gestalten? 4. Wahl des Ortes, wo die Agitationskommission ihren Sitz hat. 5. Wahl des Ortes, wo die nächste Konferenz stattfinden soll. 6. Bericht des Gauvorstandes. Der Vorsitzende der Agitationskommission, Karl Bohr, Leipzig-W., eröffnete um 11 Uhr die Konferenz. Darauf wird die Tagesliste festgestellt. Delegierte waren anwesend aus folgenden Ortschaften: Leipzig-West 2, Leipzig-Ost 4, Markranstädt 2, Sommerfeld-Vorstadt 1, Barcha 1, Brandis 1, Altentham-Erbessen 1, Wurzen 1, Paunsdorf 1, Leutzsch 1, Cytha 1, Lunzenau 1, Schleuditz 1, Bürgen 1 und Eilenburg 1. Nicht vertretene sind: Bodau i. Ergbb., Penig, Golditz, Gaitzhain, Torgau und Zettlitz-Schkeuditz. Den Bericht der Agitationskommission erstattete Kollege Bohr-Leipzig. Er schilderte ausführlich, wie im verflochtenen Jahre für die Organisation gearbeitet wurde, teils durch Versammlungen, teils durch Hausagitation und Flugblätter. Er führte weiter aus, daß durch tüchtige Agitation sich die Verhältnisse in Schleuditz sehr gebessert hätten, während die Verhältnisse in Wurzen ganz mißliche seien; aber man verspreche sich auch dort wieder Besserung, da ein tüchtiger Kollege die Sache in die Hand genommen hat. Der Gau hatte bei der letzten Zählung einen Mitgliederbestand von 2658, was eine wesentliche Besserung gegen das Vorjahr bedeutet. Mit dem Erfolg der Verbreitung der Pflichten der Ausführungen als Agitationsflugblatt war die Konferenz im allgemeinen zufrieden. Bohr schildert hierbei, welche Auseinandersetzungen er mit dem Hauptvorstande gehabt habe betreffs des Druckes der Pflichten der Ausführungen, ehe dieselben angefertigt werden konnten. Angefertigt wurden dann 10000 Stück, welche den verschiedenen Zahlstellen und Einzelmitgliedern zur Agitation überwiesen wurden. Darauf entspann sich eine lebhafte Debatte über den Bericht.

Es wurde ausgeführt, daß der Hauptvorstand oft selbst ein Gemütskur bei der Agitation sei, da man oftmals, was die unbedingt nötigen Gelder zur Agitation zu erhalten, förmlich betteln muß. (Wenn uns jemand gelegentlich mittelst: „Uns ist der Draht gerissen“, so haben wir daraus kein Geld zu senden. Der Gauvorstand aber, der entsprechend den Bestimmungen des Statutenartikels 7 und 8 bei uns Geld beantragt, der erhält solches auch. Wie wenig aber der Gau 6 bei uns „betteln“ mußte, beweist der Umstand, daß er einen Bestand von 70 Mk. aufwies. Sind denn die Konferenzen gar nicht abzuhalten, ohne daß dem Vorstande Steine ins Gesicht geworfen werden? U. A.) Darauf gibt Schluppe-Leipzig-W. den Kassenericht, woraus hervorgeht, daß im letzten Rechnungsjahr eine Einnahme von 514,20 Mk. und eine Ausgabe von 444,09 Mk. zu verzeichnen war, wonach ein Bestand von 70,11 Mark verbleibt, welcher sich aber noch bedeutend reduzieren wird, wenn die Rechnung aus der „Volkzeitung“ einget. Die beiden Delegierten Haugl und Sommer, Leipzig-W., haben die Kasse revidiert und dieselbe in bester Ordnung befunden. Sie stellten den Antrag, dem Kassierer Decharge zu erteilen, was auch einstimmig geschah. Es folgte dann der Bericht der Delegierten aus den verschiedenen Zahlstellen und Einzelmitgliedern, welcher ein getreues Bild gibt über die wirtschaftlichen Verhältnisse, über die agitatorische Tätigkeit und über die Erfolge und Mißerfolge in den einzelnen Bezirken. Im großen und ganzen können die Resultate als befriedigend bezeichnet werden; vor allem habe Markranstädt in nachrücklicher Weise für den Verband gearbeitet; dieser Ort ist sogar der Gaukasse mit einem ansehnlichen Extrabeitrag zu Hilfe gegangen, welches von den Delegierten gebührend gewürdigt wurde. Bürgen und Vorstadt haben sehr unter der bösen Sozialfrage zu leiden, doch ist auch hierin eine Besserung eingetreten, da es beiden nach vieler Mühe gelungen ist, Solale zu erhalten, wenn auch nicht am Orte selbst, so doch nicht allzuweit entfernt, und können nun ihre Interessen dort vertreten. Lunzenau hat durch die Organisation eine kleine Hofnaufbesserung erlangt. Besagte wurde vielseitig über die Organisation der Bauarbeiter, Textilarbeiter und den Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter, welche verschiedentlich versuchen, unserem Verband Mitglieder abzutreiben, weshalb die Agitationskommission beauftragt wird, Schritte hiergegen zu tun, wozu folgender Antrag einging: Betreffs des Abzuges von Mitgliedern durch verschiedene Gewerkschaften möge jede Zahlstelle, wo diese Mißstände bestehen, eine Sitzung von sämtlichen Vertrauensleuten der in Frage kommenden Gewerkschaften einberufen und mit diesen verhandeln. Sollte nichts erzielt werden, so muß unbedingt der Vorstand angewiesen werden, um Klarheit zu schaffen. Dieser Antrag wird einstimmig angenommen. Ueber den Punkt: Wie soll sich die Agitation in Zukunft gestalten? führt Bohr-Leipzig aus: Man solle in den Versammlungen nicht immer mit gewerkschaftlichen Thematenaufwarten, sondern man solle auch sozialpolitische und wissenschaftliche Thematena wählen. Dadurch ziehe man die Indifferenten mehr in die Versammlung herein, und es sei ein besserer Erfolg zu erzielen. Haugl-Leipzig fährt aus, man solle es den Zahlstellen überlassen, wie sie agitieren wollen, da sich doch auch die Agitation meistens den örtlichen Verhältnissen anpassen müsse. Die meisten Delegierten waren für Hausagitation; selbige müsse allerdings in die Hand genommen werden, und man dürfe bei einem Mißerfolg nicht gleich zurückweichen. Die örtlichen Agitationskomitees sollten die Kleinarbeit in die Hand nehmen, da die Agitation von Mund zu Mund erfolgreicher sei. Die Agitation in den Fabriken solle aber dabei nicht vernachlässigt werden, wobei für einen guten Besuch der Versammlungen gewirkt werden müsse, wobei allerdings die Flugblätter nicht zu entbehren seien. Die großen Zahlstellen müßten dabei die kleinen finanziell unterstützen, da es von der Gaukasse nicht immer möglich ist und selbige vom Hauptvorstand immer sehr knapp gehalten wird. Auch sollen den kleineren Ortschaften genügend agitatorische Kräfte zur Verfügung gestellt werden. Sodann wurde folgender Antrag einstimmig angenommen: Zur Unterstützung der Agitationskommission haben die Mitglieder, welche Personen zur Verfügung haben, Mitglieder zu wählen, welche den Gauvorstand zu unterstützen haben. Den Delegierten der größeren Ortschaften wurde nun aufgegeben, in ihren Versammlungen diesbezügliche geeignete Personen zu wählen und die Adressen unverzüglich der Agitationskommission zukommen zu lassen. Kollege Albrecht hat noch, ihm in der verlotterten Burgener Angelegenheit zu unterstützen, damit auch Wurzen wieder ordentlich auf die Beine käme, und das Mißtrauen, welches dem Verbande jetzt entgegengebracht wird, durch aufrichtige Arbeit

wieder zu beseitigen. Als Ort, wo die nächste Agitationskommission ihren Sitz hat, wird wieder Leipzig gewählt. Als Ort, wo die nächste Konferenz abgehalten werden soll, ist Brandis bestimmt worden. — Der letzte Punkt Verschiedenes bringt noch eine ausgiebige Debatte über Verwaltungs- und Verbandsangelegenheiten. Hauptächlich wurde gerügt, daß nicht aus sämtlichen Zahlstellen Delegierte anwesend waren. Als Grund hierfür wird angeführt, daß es nicht jeder Zahlstelle möglich ist, Delegierte zu entsenden, weil es die finanziellen Verhältnisse nicht gestatten. Um für später dieser Mangelhaftigkeit aus dem Wege zu gehen, ging folgender Antrag ein: Auf dem nächsten Verbandstag ist der Antrag zu stellen, daß für solche Zahlstellen, welche aus finanziellen Gründen nicht in der Lage sind, Delegierte zur Gaukonferenz zu entsenden, dieselben aus der Gaukasse zu zahlen sind. Weiter wurde noch über die Anstellung eines beauftragten Gauvorstehenden diskutiert, doch wurde diese Angelegenheit dem nächsten Verbandstage überwiesen, wo diesbezügliche Entwürfe gestellt werden sollen; dasselbe gilt auch für die Arbeitslosenversicherung. Auch wurde noch die Anregung zur Gründung neuer Zahlstellen gegeben. Revisionen wurden auf Antrag des Hauptvorstandes vorgenommen in Brandis, Wurzen und Torgau. Die Zahlstelle Torgau kann als erloschen gelten. Zettlitz-Schkeuditz steht auf Schwachen Füßen, weil absolut kein Versammlungslokal aufzutreiben ist. Es wird noch auf das Halbfabrikieren hingewiesen, welches sich als ganz gut erweist, doch ist anzuraten, daß mit dem Abrechnen nicht so lange gewartet werden darf, da sich sonst über Unregelmäßigkeiten einnehmen. Für ihre Tätigkeit wurden der Agitationskommission 60 Mk. bewilligt. Nachdem der Vorsitzende den Wunsch ausgesprochen hatte, daß die Beschlüsse der Konferenz zum Wohle des Verbandes auszuführen möchten, und einen Appell an die Delegierten gerichtet hatte, die Grimmitzauer Ausgesperrten nicht zu vergessen, erfolgte nach 7 Uhr Schluß der Konferenz.

### Gau 9.

Am 18. v. Mts. tagte unsere Gaukonferenz in Stettin, im Lokale des Herrn Buchholz, Alleestraße 3/4. Vertreten waren 9 Zahlstellen mit 19 Delegierten. Der Vorstand war vertreten durch den Vorsitzenden E. Plegier und den Kassierer G. Müller. Nachdem der Vorsitzende und Kassierer den Bericht über ihre Tätigkeit gegeben, gingen die Kollegen mit dem Vorsitzenden scharf ins Gericht, weil derselbe die Beschlüsse der Gaukonferenz in Kolberg nicht zur Durchführung gebracht hatte. Die Delegierten waren der Meinung, der Vorsitzende hätte trotz der wichtigen Lage und auch entgegen der Befugnis des Zentralvorstandes die beschlossene Agitationstour, sowie die Herstellung und Verbreitung des Flugblattes, welches ebenfalls beschlossene war, veranlassen sollen, wenn sonst noch Wert auf Gaukonferenzen gelegt werden sollte. Nachdem Kollege Plegier nachgegesehen, daß soweit es ihm möglich war, er alles für die Agitation unseres Verbandes getan habe, und daß Unmögliches zu leisten von ihm nicht verlangt werden dürfe, endete nach einigen Stunden diese hitzige und unerquickliche Debatte. Zu dem Kassenericht wurden keine Bemerkungen gemacht. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung waren Anträge eingegangen, dahingehend: jeder Verbandsort solle das Recht haben, je nach eigener Wahl sich alljährlich einen Referenten auf Kosten der Gaukasse bestellen zu dürfen. Dieser Antrag wurde besonders von den Kösliner Kollegen bekämpft, mit dem Hinweis darauf, daß größeren Zahlstellen nicht zugestanden werden könne, sich auf Kosten der Gaukasse einen Referenten zu bestellen. Aufgabe des Gauess sei es, kleine Verbandsorte zu stiften und in Gegenden, wo unser Verband noch nicht Eingang gefunden, Verbindungen zu suchen. Für eine allgemeine Agitationstour im Gau wären sie auch zu haben, weil sie der Ansicht seien, daß das Interesse auch der Mitglieder von Zeit zu Zeit geweckt werden sollte. Die erheblichen Mehrkosten, welche dadurch unbedingt verursacht würden, wenn jede Zahlstelle nach eigener Wahl Referenten bestelle, könnten sie nimmermehr bewilligen. Beschlossen wurde, im nächsten Jahre wieder eine allgemeine Agitationstour vorzunehmen zu lassen. Der Vorstand wurde beauftragt, die Tour so einzurichten, daß diese bis Ende September 1904 erledigt sein muß. Folgende Anträge waren noch gestellt: 1. Jede Zahlstelle darf nur einen Delegierten zur Gaukonferenz entsenden. Beschlossen wurde: Jede Zahlstelle bis zu 100 Mitgliedern hat das Recht, einen, und für jede weiteren 300 Mitglieder einen Delegierten mehr zu entsenden. 2. In Zukunft nur alle zwei Jahre eine Konferenz abzuhalten. Dieser Antrag wurde abgelehnt, es bleibt somit beim alten. Ein weiterer Antrag lautet: Kollegen, die ihre Pflicht dem Verbands gegenüber erfüllt haben und zum Militärdienst eingezogen werden, können nach beendeter Dienstzeit, wenn sie sich ordnungsmäßig bei ihrer Zahlstelle wieder melden, mit vollen Rechten in den Verband wieder eintreten. Da die Gaukonferenz in dieser Sache nicht kompetent ist, wird der Antrag dem Vorstande zur Berücksichtigung überwiesen. Zu einem Antrage Zülchow: Wie stellen wir uns zur Arbeitslosenunterstützung? wurde folgende Resolution angenommen: Die Gaukonferenz verkennt nicht den hohen Wert der Arbeitslosenunterstützung, sie beauftragt die anwesenden Delegierten, in ihren Verbandsorten schon jetzt eifrig dafür agitieren zu wollen, damit der Arbeiterklasse der nötige Rückhalt im Kampfe gegen das Kapital gegeben werde. Die Zahlstellen Stettin und Umgebung fordern die Verlegung des Gauess nach Stettin oder Umgebung. Nach kurzer Diskussion wurde beschlossene, den Gauvorstand in Köslin zu belassen, mit dem Bemerkten, der Vorsitzende möge in Zukunft mehr wie bisher die Beschlüsse der Konferenz respektieren und wenn der Vorsitzende, Kollege Plegier, ihn daran hindern wolle, so möge er mehr selbstständig handeln; wir wollten nicht als Kinder behandelt werden. Beschlossen wurde noch, die nächste Gaukonferenz im Oktober 1904 in Ueckermünde stattfinden zu lassen. Den Stettiner Kollegen spricht der Gauvorstand hiermit seinen Dank aus für die freundliche Aufnahme.

NB. Der Vorstand hat nicht, wie ihm in diesem Bericht unterstellt wird, verfügt, eine beschlossene Agitationstour nicht auszuführen, vielmehr haben wir gegen eine solche gar kein Wort gesagt oder geschrieben. Um was es sich handelt, ist das folgende: Es wurde uns das Manuskript eines Flugblattes überreicht, das sollten wir drucken lassen. Der Druck war so gemacht, daß das Flugblatt für jeden Ort die Adressen der Bevollmächtigten tragen sollte; dann mußte der Text jedesmal aus der Maschine ausgelesen werden. Dadurch und durch die vorzunehmenden Änderungen wäre der Preis dieser Flugblätter ein ungemein teurer geworden. Diesen Preis auszugeben, konnten wir nicht verantworten, besonders nicht im Hinblick darauf, daß wir den „Druck“ hier liegen haben, und doppelte Ausgaben für Flugblätter von uns nicht gemacht werden dürfen. Dann war auch der damalige Gauvorstand mit dem Vorstand darin einig, daß der Inhalt des „Bedrucks“ denjenigen des eingeleiteten Flugblattes weit übertrage. Tritt in Zukunft ein ähnlicher Fall an uns heran, so müssen wir genau so handeln.

### Korrespondenzen.

**Barmbeck.** Am 21. Oktober fand eine außerordentliche Mitgliederversammlung bei Herrn B. Keller statt. Als einziger Punkt stand auf der Tagesordnung: Die Reorganisation der Zahlstellen Barmbecks und die Anstellung zweier beauftragter Beamten. Kollege Barmbeck referierte im Sinne der von einer Kommission ausgearbeiteten Vorlage. In der Diskussion beteiligten sich mehrere Redner. Die Abstimmung ergab die Annahme der Vorlage mit etwa 200 gegen 8 Stimmen. Nach einem kräftigen Appell an die Anwesenden, die Ausgesperrten

in Grimmitzau in ihrem Kampfe tatkräftig zu unterstützen schloß der Vorsitzende die imposante Versammlung.

**Siebeck.** Im „Kaiser Hof“ tagte am 31. Oktober unsere Mitgliederversammlung. Aus dem Jahresbericht für das abgelaufene Jahr war zu entnehmen, daß die Zahlstellenleitung das Bestreben gezeigt hat, die Interessen der Mitglieder zu wahren. Die Zahl unserer Mitglieder ist 95. Durch Verbreitung von zwei Broschüren in je 100 Exemplaren wurde versucht, bildend und aufklärend an die Mitglieder einzuwirken. Zum Schluß wurden die Bevollmächtigten und Referenten in Vorschlag gebracht.

**Saalfeld.** Vom 22. bis 31. Oktober fand eine weitere Agitationstour durch das habsche Oberland statt. Zunächst galt es, bei den im August neu errichteten Zahlstellen nachzusehen bezw. die Kollegen über alles in Betracht kommende aufzuklären und durch weitere Agitationsversammlungen für Zuwachs zu sorgen. Die erste Versammlung fand in Kadoltszell statt. Die dortige Mitgliedschaft hat seit der Gründung Ende August einigen Zuwachs erfahren, der Besuch der Versammlung ließ zu wünschen übrig, doch wurden durch einige Neuaufnahmen und durch eine gegenseitige grüßliche Aussprache die Kollegen zur guten Weiterarbeit angepornt. Die nächste Versammlung fand in Singen statt. Dort hat sich unsere Zahlstelle, welche am 1. März mit 3 Mitgliedern errichtet wurde, verhältnismäßig gut entwickelt, es sind jetzt etwas über 40. Der Besuch war ein annehmbarer, auch hier war ein Zuwachs zu verzeichnen. Am Sonnabend, den 24. Oktober, fand eine weitere Versammlung in Schoppsheim statt. 60 Personen waren anwesend und ließen sich nach dem Referat 9 Kollegen in den Verband aufnehmen, so daß sich hier der Stamm zu einer Zahlstelle gebildet hat. — Sonntag nachmittag wurde eine Versammlung in Grenzach abgehalten. 6 Aufnahmen wurden gemacht. — In Rheinfelden war Montag, den 26. Oktober, Versammlung. Der Besuch war ein schlechter, die Auspönerung der Arbeiter in der dortigen „Chemischen“ ist eine derartige, daß die Leute durch das herrschende Elend vollständig abgestumpft sind. Langsam aber sicher wird dort vollkommene Agitation sich entwickeln. — Dienstag, den 27. Oktober, wieder zurück ins Rheinfeld, nach Borsach. Die Versammlung war gut besucht und mit 9 Aufnahmen wurde auch hier der Grund zu einer Zahlstelle gelegt. Zeit wäre es, daß die Arbeiter in dem industriereichen Rheinfeld endlich einmal aufwachen, Löhne von 1,90 Mk., 2 Mk. und 2,20 Mk. sind die Regel, dazu sind die Lebensmittel und Mietpreise ziemlich teuer. Die Arbeitszeit beträgt durchweg noch 11 Stunden. Niemals habe ich eine so große Anzahl von zum Teil noch sehr jungen Leuten, denen der Stempel des Lebens aufgedrückt ist, angetroffen, wie in dieser Stadt. Die Beobachtung, daß durch die infolge der schlechten Bezahlung stattfindende Unterevernahme die nachkommende Generation verarmt, kann hier ein jeder machen. Möge es durch fortgesetzte Agitation und Aufklärung gelingen, die Arbeiterchaft aufzurütteln. — In Bahr sollte am Mittwoch, den 28. Oktober, ebenfalls eine Versammlung stattfinden. Es fanden sich aber nur ca. 14 Personen ein, worunter sich 2 geheime Schulleute befanden. — Die Versammlung in Strahburg am 29. Oktober war erfolgreicher, durch 12 Aufnahmen wurde hier der Grund zu einer Zahlstelle gelegt. Da sich der Kartellvorstand mit allem Ernst um die weitere Entwicklung bemühen wird und eine große Anzahl von Fabrikten, welche für uns in Frage kommen, dort vorhanden ist, kann sich in Bälde eine starke, lebensfähige Organisation herankommen. In einer Sitzung mit der Agitationskommission, die am anderen Abend stattfand, wurden auch die weiter zu unternehmenden Schritte besprochen und ca. 20 Betriebe namhaft gemacht, wo durch Geschäftsversammlungen agitiert werden soll. — Die letzte Versammlung fand am Sonnabend, den 31. Oktober, in Schramberg statt. Der Besuch war infolge mangelhafter Bekanntmachung ein schlechter. Unbegreiflich ist hier die Gleichgültigkeit der Arbeiterchaft. Die Vereinsmeierei ist hier zur höchsten Blüte gelangt, weshalb es auch sehr schwer hält, die Leute auf andere Wege zu bringen. Einige Aufnahmen, die gemacht wurden, sind der Zahlstelle Lauterbach überwiesen worden. — Mancher Arbeit wird es noch bedürfen, bis es ganz im Süden tüchtig vorwärts geht. Durch schlechte Löhne, lange Arbeitszeit, sowie durch alle möglichen Gewaltmaßregeln, welche vielfach gegenüber den freier denkenden Arbeitern angewandt werden, sind dieselben gleichgültig und abgestumpft, haben nicht den Mut, den Kampf ums Dasein energisch aufzunehmen. Mögen die neu gewonnenen Kollegen dafür sorgen, ihren Mitarbeitern begreiflich zu machen, daß nur in der Vereinigung unsere Kraft liegt.

**Charlottenburg.** Am 19. Oktober 1903 tagte im großen Saale des Volkshauses, Rosinenstraße 3, eine öffentliche Versammlung. Kollege August Frey-Hannover hielt einen Vortrag über: Zweck und Ziele unserer Organisation, welcher mit großem Beifall von den Anwesenden aufgenommen wurde, und erklärten sich dieselben vollständig mit den Ausführungen des Redners einverstanden. Ebenso sprachen in der Diskussion die Kollegen Scheel, Pohl und Schmidt im Sinne der Referenten und wurde hierbei noch die Saugheit und Interessenlosigkeit der hiesigen Arbeiterchaft festgestellt. Auch wurden u. a. noch einige Mißstände der Firma Dr. Cassierer u. Co. geäußert. Alsdann wurde von den Versammelten folgende Resolution einstimmig angenommen: Die heute am 19. Oktober 1903 im Volkshaufe, Rosinenstraße 3, tagende öffentliche Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Sie erklärt, daß es Ehrenpflicht aller noch nicht organisierten Arbeiter sein müsse, der Organisation beizutreten und somit den Kampf zur Erreichung besserer Lebens- und Daseinsbedingungen mitzutämpfen. — Hierauf schloß Kollege Pohl die Versammlung mit einem Hoch auf die Organisation.

**Hamburg.** In der Versammlung am 22. Oktober erhaltete Dänninghaus die Abrechnung vom 3. Quartal, welche für die Lokalkasse eine Einnahme von 818,24 Mk., eine Ausgabe von 345,38 Mk. ergab, während die Hauptkasse mit 814,20 Mark balancierte. Dem 2. Bevollmächtigten wurde Decharge erteilt. — In seinem Jahresberichte konnte Ahrens leider nicht viel Erfreuliches mitteilen. Da die Agitation für Ausbreitung des Mitgliederbestandes verfallen mußte, weil es den Bevollmächtigten beim besten Willen nicht möglich ist, insolge ihrer Berufstätigkeit hierin das Erforderliche zu leisten, müssen wir uns damit begnügen, den Mitgliederbestand zu halten. Wir haben jedoch einen Fortschritt untreibbar gemacht, nämlich unsere Zahlstelle qualitativ gehoben. Durch die Mitglieder interessierende Referate in den Versammlungen und durch Ausgabe von Broschüren für Rechnung der Lokalkasse haben wir das Interesse der Kollegen für die Organisation gesteigert, und haben auch den Sieg des Proletariats auf politischem Gebiete in der Weise ausgenutzt, daß wir uns bemüht haben, die Kollegen politisch anzuklären und sie auf diesem Wege dahin zu bringen, daß sie sich auch an der Parteibewegung tätig beteiligen. Wir haben auch eine verhältnismäßig nicht unbedeutende Zahl Kollegen der Partei zuführen können. Ahrens betont nochmals die Unmöglichkeit, daß unsere Organisation mit den heute unzureichenden Mitteln auf dem Gebiete der Agitation weitere Erfolge erzielen könne; ein neuer Beweis dafür sei der unglückliche Besuch, den wir noch einmal gemacht hätten, durch öffentliche Versammlungen etwas zu erreichen. Trotz aller Mühe und Anstrengungen der Verwaltung sei diese ebenso wie früher im Sande verlaufen, ohne etwas anderes als nutzlose Ausgaben verursacht zu haben. Es sei bei uns das Fehlen einer Person zu Diensten der Organisation stehenden Kraft die Wurzel dieses Übels der Stagnation in Hamburg und diesem Rangel müsse es eher je besser abgeholfen werden, dann werde das nächste Geschäftsjahr sich schon günstiger für uns gestalten.

Heidenau. Ein wahres Eliseum für die Arbeiter scheint die am 8. Oktober an die Hasseröder Papierfabrik verkaufte ehemalige Papier- und Cellulose-Fabrik A.-G. in Heidenau zu sein. Schon mehrere Male war die Gegenwart unserer Besprechungen, aber an ein energisches Vorgehen unserer Kollegen war wegen der großen Gleichgültigkeit der größeren Hälfte der Arbeiter nicht zu denken. Von der Direktion ist in der Ausfertigung der Lage der Arbeiter wenig zu erwarten, was ganz besonders aus einem am Verkaufstage veröffentlichten Schriftstück zu ersehen ist. Es sollten allem Anschein nach besonders in Nr. 19 des „Proletarier“ angeführten Mängel beseitigt resp. geändert werden. So wurde anstatt des „hohen“ Stundenlohnes Schichtlohn eingeführt, die allerdings auch der Arbeiterkraft lästige Prämie wurde abgeschafft, dafür der Lohn um noch nicht die Hälfte der sonst üblichen Prämienhöhe erhöht. Das Geschäft darf ja nicht so schlecht wegkommen. An den Dampfmaschinen gibt es nunmehr Wochenlohn, pro Woche 17 Mk. Die Stunden Sonntags vormittag und Montags früh um 1/4 Uhr ab sind natürlich mit inbegriffen. Ein Maschinist, welcher 15 Jahre im Betriebe tätig ist und bisher 24 Mk. Wochenlohn erhielt, wurde dadurch pro Tag um 1 Mk. geschnitten. Der Dank für langjährige Arbeit! Ueberstunden sollen nicht gemacht werden, doch kam es vor, daß von Montag früh 6 Uhr bis Dienstag abend 6 Uhr gearbeitet wurde ohne größere Unterbrechung. Die Arbeitszeit bleibt wie bisher. Festgesetzte Cypausen gibt es nach wie vor nicht. Es soll aber ein jeder Arbeiter sein Essen ruhig einnehmen (wie gnädig!), — aber — der Betrieb der Maschine soll nicht darunter leiden. Minderjährige (soll wahrscheinlich heißen jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren) können 1/2 Stunde Frühstück und Bepfer und 1 Stunde Mittagspause machen. Geracht wäre natürlich gewesen, wenn dieselbe Pause auch Minderjährigen, überhaupt dem gesamten Personal, soweit es möglich, zugesprochen worden wäre. Die Pausen kündigt eine Dampfpeise an, welche wohl in den umliegenden Ortschaften von Heidenau, aber nicht überall in den getauften Betrieben zu hören ist, so daß da, wo es Pausen gibt, fast immer Unklarheit herrscht über Anfang und Ende der Pausen. Die pünktlich wurde hingegen am 22. Oktober von den jugendlichen Arbeitern die Bepferpause begonnen, auch die Querschneidemaschinen wurden entgegen der letzten Bekanntmachung außer Betrieb gesetzt, nicht etwa, weil man zur Einsicht gekommen war, nein, weil — Revision da war. Auf die Querschneidemaschinen ist es besonders abgesehen, dort arbeiten die Bogenfänger in der Nacht — meist alte, gebrechliche Greise — mit nur 1/2stündiger Pause pro Schicht. Das bereits oben erwähnte Schriftstück mit all den schönen Sachen mußte, ohne daß es vorher jeder Arbeiter richtig gelesen hatte, sofort unterschrieben werden. Wer nicht unterschrieb, erklärte somit der Firma die Kündigung. Die Werkführer und Meister waren mit dem Herumtragen dieses Williges betraut, und es machte sich besonders der neue, erst jetzt aus dem Kreise der Arbeiter hervorgegangene frühere Kollege Steinberg dadurch berühmt.

Kaiserlautern. Zu dem in der Nummer 22 von hier eingehenden Berichte sei bemerkt, daß er einen Irrtum enthält, dem wir nachstehend berichtigen wollen. Die anfängliche Gewerbergerichtsverhandlung bekannt gewordenen Löhne von 2,45 bis 2,54 Mk. wurden nicht auf der Zeigwarenfabrik von Drum bezahlt, sondern auf der Maschinenfabrik, die einem Bruder des Zeigwarenfabrikanten Drum gehört.

München. Mittwoch, den 14. Oktober, abends 8 Uhr, tagte im Gasthaus Oberstall eine sehr stark besuchte Zeitungs-trägerinnen-Versammlung mit der Tagesordnung: Die Bewegung der Trägerinnen der „Münchener Zeitung“ und was ist durch dieselbe erreicht. Neuesten Kollege Gammel schilderte den Anfang der Bewegung, die Mitte März einsetzte, als den Trägerinnen bekannt gemacht wurde, daß in Zukunft anstatt des bisher gezahlten Lohnes von 4 Pf. pro Exemplar nur mehr 3 Pf. bezahlt würden. Redner erinnerte an den Aufruf an der Frauenstraße, den damals die erregten, aber noch unorganisierten Trägerinnen versuchten. Aber schon in einigen Tagen mußten sie einsehen, daß sie ohne Organisation und ohne Führer machtlos sind, und sprach seine Freude über das Jahr festhalten der organisierten Trägerinnen aus. Die Bewegung brachte bis zum 23. April den Trägerinnen folgende Zugeständnisse: Zahlung eines fixen Lohnes von 7 Mk. die Woche bis zu 200 Exemplaren, von über 200 Exemplaren für jedes Exemplar 3 Pf., für jede Annonce 10 Prozent, für jede Todesanzeige 20 Pf., Gewährung des Koalitionsrechts, Verhandlungen zwischen Organisation und Direktor bei ungerechten Entlassungen. Ohne die Organisation würde das alles nicht erreicht worden sein. Redner erläuterte die Abmachungen, die von der Organisation mit dem Direktor getroffen wurden, schildert das Entgegenkommen der Direktion, geißelt aber auch das Verhalten der Beamten in schärfen Worten, denen die Organisation ein Dorn im Auge war, was schließlich zur Entlassung einzelner Vertrauensfrauen führte. Durch das energische Eingreifen der Organisation wurden diese aber wieder eingestellt. Denn nun auch, fährt Redner fort, die damaligen Abmachungen befristeten, so streben die Trägerinnen nach verschiedenen Verbesserungen an: So Bezahlung der Freizeitemplate, die die Trägerinnen umsonst tragen mußten, Bezahlung des alten Lohnes und bessere Behandlung. Heute können die Trägerinnen ausrufen und zwar mit Stolz: „In den letzten Tagen haben wir auch das mit Hilfe der Organisation erreicht.“ Redner fordert nun in warmen Worten die Trägerinnen auf, das Erreichte festzuhalten, was am besten dadurch geschehe, daß sie treu und fest zur Organisation halten. Redner schließt mit den Worten: „Nehmt euch ein Beispiel an denjenigen Trägerinnen, denen es direkt von ihren Männern verboten wird, der Organisation anzugehören, die sogar von ihren Männern geschlagen werden, wenn dieselben eine Versammlung besuchen (allgemeine „Fami“-Kasse), aber trotzdem der Organisation treu bleiben, dann mag kommen, was will, wir sind gerüstet.“ Reicher Beifall lohnte den Redner. Nach einer lebhaften Diskussion und Aufnahme von 16 Kolleginnen wurde die schon verlassene Versammlung geschlossen.

Schöningen. Eine am 31. Oktober tagende Versammlung beschloß sich mit den Händen auf der Gemütsfabrik. In der der Versammlung vorausgegangenen Woche gab die Fabrikleitung den dort beschäftigten Kollegen eine Zulage, aber nicht in Geld, sondern in Form einer Verlängerung der Arbeitszeit von 20 Minuten täglich, ohne daß für das Längerearbeiten eine Entschädigung gewährt würde. Ob dieser neue Schlag gegen die Interessen der Arbeiter diese auszureichen wird, der Organisation ist anzuschließen? Am gleichen Tage hatte unter Kollege Kaba auf der Gemütsfabrik sein Leben durch einen — hochheiligen ein. Erst nach einer gemeinsamen Betrauung man den Kollegen, als man ihn fand, war er bereits eine Leiche. Nach Meinung der Mitarbeiter hätte der Unfall durch Abbringung entsprechender Schutzvorrichtungen verhindert werden können. Aber der Direktion diesbezügliche Schritte zu geben, das magt keiner der Arbeiter, weil sie geglaubt haben, deren Rechte durch die Fabrikleitung im schlimmsten Falle eine unangenehme Antwort erwarten.

Singen. In Laufe der letzten Woche referierte Kollege Köhler aus Gammert in Koblitz und Singen über das Thema: „Die Zukunft der Arbeiter im Reich“. Der Referent verband es, mit lebhaften Worten den Anwesenden die Kämpfe, welche die Arbeiter im Laufe der letzten, insbesondere in diesem Jahre auszufechten hatten, darzustellen. Er wies auf die Schwäche des Unternehmertums in Bremen hin, und zeigte, daß das Unternehmertum in Süd und Nord überall

gleich darauf bedacht sei, die Arbeiterschaft zu knebeln und ihrer wenigen Rechte zu berauben, um sie ausbeuten zu können. Ferner wies Kollege Köhler darauf hin, daß es den Anzeichen hätte, als ginge das Unternehmertum darauf aus, die Gewerkschaften machtlos zu machen, was ihm aber nicht gelingen würde, denn das Solidaritätsgefühl der organisierten Arbeiter hätte noch nie versagt, wenn es galt, mit materieller Unterstützung eingzugreifen. Redner schloß seine Vorträge mit einem Appell an die Anwesenden, sich der Organisation anzuschließen, um erfolgreicher den Kampf um Freiheit und Recht bestreiten zu können. Der Berichterstatter kann es nicht unterlassen, nebenbei die Lage der Arbeiter, besonders der ungelerten, in unserer Gegend näher zu schildern. Es sind in dem badischen Oberlande, besser gesagt badischen dunklen Erdteile, verschiedene Industriestädte mit circa 1000, 800, 200, 150 Fabrikarbeitern und Arbeiterinnen. Es war aber bis jetzt nur in Koblitz und Singen möglich, Organisationen zu gründen. Die Hauptschuld liegt an den einheimischen Beuten, welche nur schwer zu bewegen sind, dem Verbände beizutreten, teilweise aber auch an der Gleichgültigkeit und Borniertheit der anderen. Auch italienische Arbeiter und Arbeiterinnen sind hier zahlreich vertreten, sie wären aber gewiß zu organisieren, wenn die Deutschen mit gutem Beispiele vorangingen. Was die Löhne anbelangt, sind dieselben durchaus nicht geeignet, gut genannt zu werden, und wäre keine Ursache zur Gleichgültigkeit, denn in einigen Betrieben der Textilbranche werden Löhne von 1,80 bis 3,40 Mk. für männliche Arbeiter pro Tag bezahlt. (Koblitz und Singen.) Es sei nebenbei bemerkt, daß in einer öffentlichen Versammlung im Laufe dieses Sommers ein sogen. besserer Arbeiter letzteren Betriebes (zugleich christlicher Arbeiterführer) mit seinem allem Anschein nach sehr beschränkten Untertanenverstand meinte, 2,20 Mk. wären genügend Lohn für einen Arbeiter. Die Arbeiter der beiden letzteren Betriebe genießen auch das seltene Glück von Wohlfahrtsvereinigungen, nur muß ihnen dabei das Warten nicht langweilig werden, wenn sie in deren Genuß kommen wollen. Auch in den anderen Betrieben sieht es durchaus nicht rosig aus, denn während der letzten Geschäftsstodungen wurden, angeblich wegen Arbeitsmangel, eine große Anzahl Arbeiter, darunter verheiratete, entlassen, und heute, nachdem die Konjunktur etwas besser ist, werden Ueberstunden gemacht. Allen diesen Uebeln, Kollegen, wäre abzuhelfen, wenn die Arbeiter sich einmal entschließen könnten, der Organisation beizutreten, denn es wäre jedenfalls an der Zeit, daß sie einmal anders denken würden. Darum Arbeiter im badischen Oberland, hinein in den Verband, kämpft mit an der Seite eurer Arbeitskollegen, benötigt das auch gesellschaftlich gewährte Koalitionsrecht, dann wird es hier oben auch einmal heller werden! Vor einiger Zeit wurden die Gewerkschaften des Ruhrgebietes ins rote Meer bezeichnet, aber Kollegen, glaubt es, es ist entschieden besser, im roten Meer zu schwimmen, als im schwarzen Schlamme zu ertrinken.

Stellingen-Langensfeld. Am Sonntag, den 15. Oktober, tagte unsere Mitglieder-Versammlung im Lokale des Herrn G. Eisen in Stellingen. Kollege Böhler erstatete zunächst den Bericht von der Gaukonferenz in Neumünster. Redner bityrad eingehend die Verschmelzung der Hamburger Zahlstellen, sowie die Anstellung zweier besoldeter Beamten und gab der Meinung Ausdruck, daß, wenn der Plan gelingen sollte, alle Zahlstellen von Hamburg und Umgegend sich hieran beteiligen müssen. Zum Punkt 2 der Tagesordnung: Bericht der Bevollmächtigten und Neuwahl derselben, gab der erste Bevollmächtigte den Jahresbericht, ausführend, daß im verflohenen Jahre die Zahlstelle einen kleinen Rückschritt zu verzeichnen habe. Es seien nur 224 männliche und 19 weibliche Mitglieder gegen 227 männliche und 62 weibliche Mitglieder im Vorjahre eingetragen. Der Rückgang der weiblichen Mitglieder sei auf den Rückgang der Bewegung unter den Plätterinnen zu verzeichnen, da wenig Verständnis unter denselben für die Organisation vorhanden ist, infolgedessen es auch nicht angebracht sei, vorläufig noch weitere Mittel zur Agitation unter diesen zu verwenden. Es sind 11 Mitglieder-Versammlungen sowie 2 öffentliche Versammlungen abgehalten worden. Letztere waren den örtlichen Verhältnissen entsprechend gut besucht. Außerdem fanden 2 öffentliche Versammlungen für die Wäsche-Arbeiter und Plätterinnen statt, sowie 3 Mitglieder-Versammlungen, welche schwach besucht waren. In zwei Fällen erhielten Mitglieder aus der Lokalkasse Unterstützungen. Lohnabzüge fanden in 2 Fällen bei den Plätterinnen statt, welche zugunsten der Beteiligten erledigt wurden. An der Lohnbewegung der Kohlenarbeiter waren 5 Mitglieder unserer Zahlstelle beteiligt. Redner berichtete eingehend das Arbeitsverhältnis am Rheinisch-Westfälischen Kohlenlager. Die Angelegenheit der Schwefelsäure-Fabrik von Guchel u. Co. sei abgeschlossen. Als wahr könne angenommen werden, daß dort Arbeiter beschäftigt sind, deren Geschlechtserteile infolge Nichtanbringung der Schutzvorrichtungen verereit seien. Das gesammelte Material soll der Gewerbe-Inspektion übermittleit werden. Leider sind die dort beschäftigten Arbeiter schwer für die Organisation zu gewinnen. Dem Wunsch der Versammlung im Oktober v. J., betreffs Sammlung eines Lokalfonds, ist Rechnung getragen, es ist jetzt ein Kassenbestand von 194 Mk. vorhanden, jedoch bei der Hauptkasse noch eine Schuld von 42,98 Mk. abzutragen. Von dem Gelde sind 100 Mk. bei der Produktion belegt. Die Entschädigung der Füllstapler wurde von 10 auf 7 Prozent herabgesetzt, da im letzten Quartal 41 Markt für die Füllstapler vorausgab wurden; da bleibe nach Abzug der jetzigen Ausgaben weder viel zur Agitation übrig, noch sei man in der Lage, den Lokalfonds zu stärken. Hierauf verlas der 2. Bevollmächtigte die Abrechnung vom 3. Quartal. Ihm wurde Entlastung erteilt. Hierauf erfolgte die Wahl der Bevollmächtigten, Füllstapler, Revisoren und Bergungskommission. Ferner wurde beschlossen, die Mitglieder-Versammlungen in den Wintermonaten jeden ersten Sonntag im Monat, nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn G. Eisen abzuhalten.

Wandsbek. In der Mitglieder-Versammlung am 14. Oktober wurde das Andenken der verstorbenen Kolleginnen Ahlers und Kreden in üblicher Weise geehrt. Dann erstatete Zimmermann den Jahresbericht. Er führte a. a. aus, daß der Verband im verflohenen Jahre in agitatorischer Hinsicht nicht so viel geleistet hätte, wie früher. Das läme aber wegen der Reichstagswahl, die wir im Juni gehabt hätten; da wären die meisten Kollegen an der Agitation mit tätig gewesen. Die Abrechnung wurde vom zweiten Bevollmächtigten verlesen und demselben Entlastung erteilt. Ein Antrag des Kollegen Martens, 700 Mark an die Streikliste zu Hannover zu entsenden, wurde abgelehnt. Es wurden dann die Bevollmächtigten und Revisoren in Vorschlag gebracht. Den Bericht von der Gaukonferenz erstatete Kahl. Er sei mit der Konferenz nicht zufrieden, etwas Großes sei seiner Ansicht nach dort nicht geleistet worden. Zimmermann machte bekannt, daß in nächster Zeit eine Extranersammlung stattfinden wird. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten erfolgte Schluß.

Quittung. Bei der Hauptkasse gingen seit dem 28. Oktober folgende Beträge ein: Pinnerberg 742,20. Raitzow 74,10. Koblitz 46,30. Altenburg 500,40. Langerwünde 346,28. Lagerdorf 207,23. Jagen i. B. 15,55. Wilsen 12,15. Hadersleben 103,15. Dedenhuden 10,—. Romow 354,86. Helmstedt 22,90. Osterwief 259,35. Dietrichsdorf 51,40. Schwenningen 24,—. Thalfischen

65,—. Oppau 34,25. Wandsbek 59,90. Rauterbach 37,10. Bismarck 44,48. Welsdorf 30,87. Büden 65,62. Gortl. S. 54,23. Eilenberg (S.-A.) 55,60. Ulfeld 14,75. Kellertsch 24,97. Wülffel 34,35. Götner 28,55. Derfseide 49,80. Jechau 28,10. Klabend 140,64. Hildesheim 139,05. Hof 68,90. Karmelst 65,40. Husum 17,25. Daffelselde 132,15. Juffenhäusen 82,60. Rosenfeld 49,67. Rötth 5. Coswig 17,55. Raguhn 36,60. Dönnstedt 50,28. Sulpan 27,60. Gairstakt 82,—. Jachna 63,90. Homburg v. d. S. 13,—. Heiligenhafen 4,80. Al.-Steinheim 144,15. Jentz 114,90. Freiberg 105,80. Kugla 160,—. Bettin 38,10. Cannstatt 346,40. Welsdorf 150,—. Gedtsheim 115,10. Duedlinsburg 22,45. Oberhausen 10,—. Koitzsch 11,70. Erdmannsdorf 7,75. Pflungstadt 90,10. Warby 28,25. Ober-türkheim 41,17. Hirschberg 19,79. Aderstedt 63,—. Schmedt a. D. 82,05. Bitterfeld 48,30. Bismarck 35,50. Dösch 38,30. Kassel 131,50. Coswig (Anh.) 111,30. Kaiserlautern 64,45. Bärenburg 171,54. Potsdam 90,90. Anderten 49,25. Hannover III 38,57. Broihem 162,28. Berlin 957,90. Kolberg 174,66. Penig 60,90. Golzen 125,80. Essen a. R. 62,—. Oberöslau 190,73. Landsbut 14,—. Göttingen 73,72. Soest 2,60. Erste Kasse vom Vertrauensmann aus Gernsdorf und Waidmannslust 22,50. Vom Füllstapler Pfeifer 19,45. Gesammt in der Generalversammlung vom Kollegen Feisch 8,30. Von Kollege Petram 1,—. Hannover I 65,10. Schluß: Dienstag, den 10. November, mittags 12 Uhr.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher. 72 160. Robert Schütz, ausgestellt am 26. Juli 1903 Bromberg. S. II. 72 824, lautend auf den Namen August Schumacher, ausgestellt am 28. April 1900 in Hamm. Nr. 13 380, ausgestellt auf den Namen August Schumacher am 3. März 1901. S.-N. 53 658, ausgestellt am 3. November 1902 in Hedderheim auf den Namen Heinrich Schumacher. 68 834, ausgestellt in Coswig am 6. Mai 1903 auf den Namen Gust. T. e. l. e.

Neue Adressen und Adressen-Änderungen. Gau I. Vorsitzender: G. Monien, Hannover-Gainholz, Chamissostraße 3, part. Kassierer: Schrader, Linden, Birkelstraße 11. Ammendorf. Otto Dertel, Eiferstraße 4. Bitterfeld. Karl Hilbert, Feldstraße 26. Reisesegent bei Herrn Richter, Dessauerstraße 66, abends von 7—8 Uhr. Broihem. Alb. Klauenberg. Düsselhof. Anton Sühmeyer, Wehrenstraße 21. Eberswalde. Karl Mantel, Mollstraße 18. Eimsbüttel. J. Raub, Henriettestraße 25, Haus 5, 2. Et. Hanau. Eugen Higel, Bogenstraße 15. Heiligenhafen. W. Gans, Brückstraße 7. Hof-Woschendorf. Martin Schobert, Moschendorf. Juchow. Reinhold Freitag, Neustraße 26. Kall (Gau 16). Aug. Wöhl, Bahnenstraße 2a. Kehl. Nic. Schwarz, Campantstraße 1. Krefeldburg. W. Rath, Johannesstraße 1, 1. Et. Neckargartach. Oskar Hennemann, Hauptstraße 81. Neckhausen. Heim. Otto, Ripperstraße 19. Oberode a. S. (Gau 1). Vertrauensmann Adolf Miesberg, Eisensteinstraße 503. Oshag. Vertrauensmann Otto Friedrich, Gartenstraße 9. Otterfen. Joh. Schröder, Roonstraße 5, 1. Et. Oppau. Johann Kern, Gutenbergstraße 15. Preez. Wilh. Blüh, Kronsburg 160. Regensburg. Joh. Stabler, A. 19, 3. Et., Sebergasse. Schöningen. Joh. Fietz, Sedanstraße 16. Wandsbek. Karl Schröder, v. Bahrenstraße 11, 2. Et. Wedel. Joh. Kreuziger, Markt. Juffenhäusen. Karl Knoblauch, Rönigstraße 22, 2. Et. I.

Eingegangene Zahlstellen. Gnnigerloh, Schiffsmühle, Neustettin, Gathain, Dedenhuden, Dietrichsdorf, Lorgou.

Inserate. Mehr. Jeden 3. Sonntag im Monat Versammlung der Mitglieder bei H. H. e. m. a. n. n., Karlstraße 4. [60 Pf]

Zahlstelle Kehn. Sonntag, den 22. November: Mitglieder-Versammlung bei H. H. e. m. a. n. n. Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht, daß jeder Kollege erscheint. [90 Pf.] Die Bevollmächtigten.

Achtung! Achtung! Plauenischer Grund. Sonntag, den 29. November 1903, findet unser Stiftungsfest statt, bestehend in Konzert, Prolog, komischen Vorträgen, runderischen Aufführungen und Ball, unter Mitwirkung der Hauskapelle im Gasthof „Deutsches Haus“, Postkappel. Einlaß 5 Uhr. Anfang 6 Uhr. Ende 1 Uhr. Um zahlreiche Beteiligung ersuchen [1,80 Mk.] Die Vertrauensleute und das Vergnügungskomitee.

Zahlstelle Wedel. Sonntag, den 15. November, wird unser 10. Stiftungsfest im Lokale „Zum Roland“ abgehalten. Anfang 7 Uhr. Um zahlreichen Besuch bitten [1,20 Mk.] Das Festkomitee.

Zahlstelle Wittenberge. Sonntag, den 22. November: Mitglieder-Versammlung im Lokale des Herrn Ed. Dannehl. Anfang 3 Uhr. Es laden hierzu freundlichst ein [90 Pf.] Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Züllchow. Unsere Mitglieder-Versammlungen tagen während der Wintermonate jeden Sonntag nach dem 15. jeden Monats abwechselnd in Bredow und Züllchow. Die nächste Versammlung findet am Sonntag, den 15. November, nachmittags 3 Uhr, im Züllchower Schützenhause statt. Tagesordnung: 1. Bericht von der Gaukonferenz. 2. Kassenbericht vom 3. Quartal. 3. Stellungnahme zur Gründung eines Arbeitersekretariats in Stettin. Sämtliche Mitglieder sind verpflichtet, in dieser Versammlung zu erscheinen. Die Bevollmächtigten. NB. Verkehrslokal für Bredow ist nicht, wie angegeben wurde, Wendlandt, Wolfstraße 18, sondern beim Kollegen G. Dorow, Vulkanstraße 22 (Goldene Krengele.) [2,55 Mk.]